

# Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

## Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

### ERSTER TEIL: Markt und Konsum

#### A. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE KREISLAUFZUSAMMENHÄNGE

##### I. Die Quellen der Nachfrage

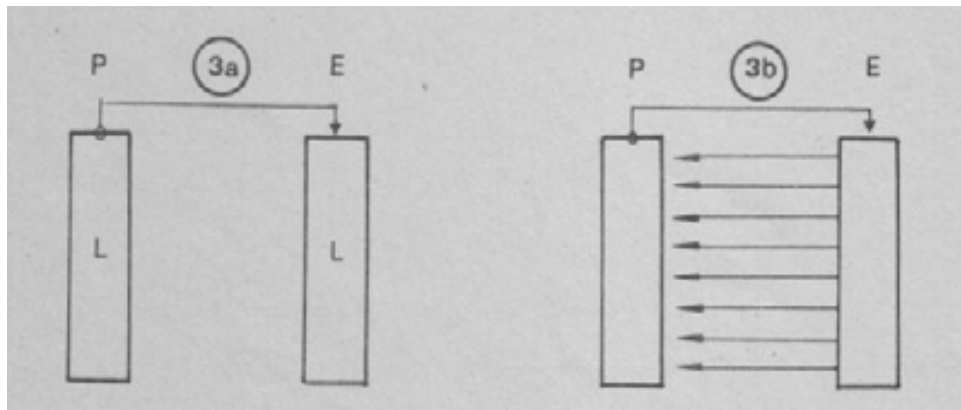
Beginnen wir mit der Frage, aus welchen Quellen die Nachfrage stammen kann, die sich schließlich bei den Unternehmen in Form von Erlösen niederschlägt. Angenommen, es handele sich bei den angebotenen Waren der Unternehmen um Konsumgüter, die für den Endverbrauch bestimmt sind. Wie kommen die Konsumenten an das zum Kauf dieser Waren notwendige Geld? Z.B. dadurch, daß sie sich in irgendeiner Firma als Lohnabhängige Geld verdienen. Oder daß sie selbst eine Firma haben und einen Teil der darin entstehenden Gewinne für ihren privaten Lebensunterhalt ausgeben, d.h. konsumieren. Oder daß sie Unterstützungszahlungen vom Staat erhalten, z.B. Bafög oder Renten. Oder daß sie die Ersparnisse auflösen oder eine Erbschaft gemacht haben usw..

##### 1. Zusammenhang zwischen Produktion und Einkommen

Gehen wir zunächst von dem Fall aus, daß es sich bei Konsumenten um Lohnabhängige handelt, die ihr Geld aus der Entlohnung ihrer Tätigkeit in einem Unternehmen beziehen. Indem sie in einem Unternehmen arbeiten, tragen sie ihrerseits mit dazu bei, daß bestimmte Produkte hergestellt werden, die dann auf dem Markt angeboten werden. Eine ganze Volkswirtschaft können wir uns nun grob vereinfacht so vorstellen, daß einerseits bei der Produktion in den Unternehmen eine Masse von Produkten (P) hergestellt wird und daß andererseits für die Beschäftigten der Unternehmen Einkommen (E) entstehen (Abb. 3a). Die Blöcke in Abb. 3a beziehen sich dabei nicht auf ein einzelnes Unternehmen, sondern auf die gesamte Volkswirtschaft: alle innerhalb eines bestimmten Zeitraums hergestellten Produkte werden im Block P zusammen gefaßt und alle im gleichen Zeitraum entstandenen Einkommen im Block E.

Was sich aus der Sicht der Beschäftigten als Einkommen darstellt, sind aus der Sicht der Unternehmen Lohnkosten. Wenn wir zunächst - der Einfachheit halber- davon ausgehen, daß die erstellten Produkte zu ihren Kosten bewertet werden und daß die Kosten nur aus Lohnkosten (L) bestehen, so können wir alle hergestellten Produkte - so unterschiedlich sie auch sein mögen - auf den gleichen Nenner (eben den der Kosten) bringen und in einem

Block (P) zusammenfassen, wobei dieser Block P die gleiche Größe aufweist wie die bei der Produktion entstehenden Lohneinkommen.



Gehen wir zunächst von diesem denkbarsten einfachsten Modell einer Volkswirtschaft aus: die bei der Produktion entstandenen Einkommen sind - wie schon weiter oben angedeutet - ihrerseits die Quelle für die Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen, die als Waren am Markt angeboten werden. Wenn wir davon ausgehen daß alle bei der Produktion entstandenen Einkommen voll verausgabt werden für den Kauf von Waren, d.h. zu den Unternehmen in Form von Nachfrage zurückströmen, dann ergibt sich das denkbar einfachste Modell eines gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs (Abb. 3b). In diesem Modell wäre also die Höhe der zurückströmenden Nachfrage genauso groß wie der Block der angebotenen Produktion. Die insgesamt innerhalb eines Zeitraums in einer Volkswirtschaft entstehenden Nachfrage reicht damit gerade aus, um die in gleichem Zeitraum produzierten Waren zu kaufen. Alle Unternehmen scheinen damit ihre produzierten Waren absetzen zu können. Absatzschwierigkeiten scheint es ebenso wenig zu geben wie einen Angebotsmangel und entsprechende Versorgungskrisen. Das Gleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage scheint einen reibungslosen Ablauf der Wirtschaft zu garantieren.

Nun läßt sich allerdings dieses Bild eines reibungslosen Wirtschaftsablaufs kaum vereinbaren mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit, in der es immer wieder bei einzelnen Unternehmen oder in ganzen Branchen zu Absatzschwierigkeiten kommt oder in der die ganze Volkswirtschaft wechselnde Phasen von Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise durchläuft, mit entsprechenden Störungen wie etwa der Inflation oder der Arbeitslosigkeit. Die wirklichen Verhältnisse müssen deshalb komplizierter sein, als das in diesem einfachen Modell zum Ausdruck kommt. Unsere Aufgabe wird deshalb darin bestehen, dieses Modell auf seine Mängel und Fehler hin abzuklopfen und schrittweise den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen anzunähern.

Worin liegen die Mängel und die Unvollkommenheiten unseres einfachen Modells? Z.B. darin, daß wir einfach angenommen haben, alle entstandenen Einkommen würden voll für Konsum verausgabt. Tatsächlich wird ja ein bestimmter Teil der Einkommen gespart, und wenn wir diese Tatsache berücksichtigen würden, müßte die zurückströmende Nachfrage geringer ausfallen. Unser vorhin abgeleitetes Ergebnis würde sich insofern verändern. Ein anderer Mangel des Modells liegt darin, daß wir die Produktionskosten einfach nur auf die Lohnkosten zurückgeführt haben. Tatsächlich gibt es ja praktisch kein Produkt, bei dem nicht auch andere Kosten anfallen, z. B. für Material, Maschinen, Energie, Gebäude usw.. Und

wenn wir diese anderen Kosten berücksichtigen, würde der Kostenblock ganz anders ausfallen als in unsrem Ausgangsmodell.

Was wir auch überhaupt nicht berücksichtigt oder mindestens noch nicht erklärt haben, ist die Entstehung der Gewinne. Die Waren werden ja in der Realität nicht einfach zu ihren Produktionskosten angeboten, sondern noch mit einem Gewinnaufschlag. Dadurch würde sich der Block der angebotenen Produktion nochmals verändern. Eine andere Tatsache kommt in dem Modell auch nicht zum Ausdruck: daß nämlich nicht nur die privaten Einkommensbezieher Nachfrage entfalten, sondern auch der Staat mit seinen Staatsaufträgen. Oder auch das Ausland mit seinen Exportaufträgen.

Das sind jetzt nur einige Punkte, die uns auf Anhieb einfallen mögen und die in einem realistischeren Modell der wirtschaftlichen Wirklichkeit berücksichtigt werden müßten. Wir wollen die Liste der Mängel hier nicht vervollständigen. Worauf es ankommt, ist die schrittweise Einbeziehung solcher Gesichtspunkte und damit die schrittweise Veränderung unseres viel zu einfachen Ausgangsmodells.

## 2. Kostenüberhang - Hintergrund von Absatzkrisen?

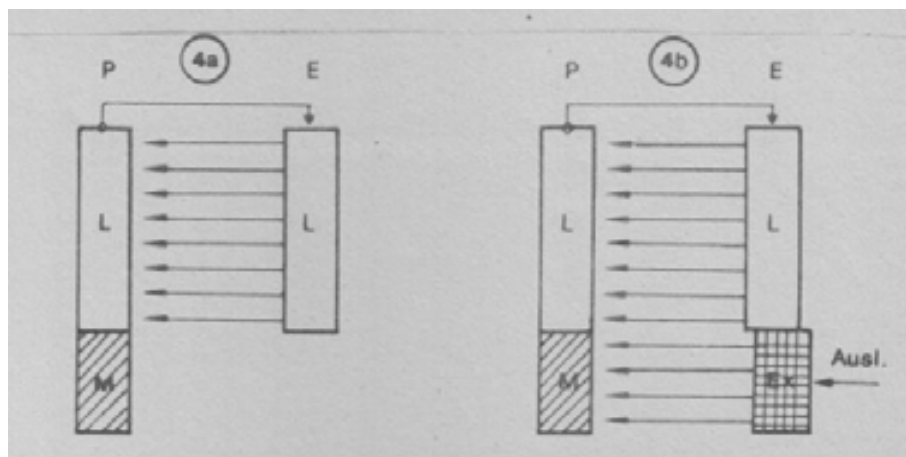
Tun wir also den ersten Schritt und berücksichtigen, daß sich die Produktionskosten nicht nur aus den Lohnkosten ergeben, sondern auch noch andere Kosten umfassen, z.B. für Material und Maschinen (M). Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird der Block der Produktion größer als im Ausgangsmodell. Nicht etwa, das jetzt mehr produziert würde, sondern der gemeinsame Nenner aller Produkte, die Produktionskosten, sind in Wirklichkeit größer, als wir es ursprünglich angenommen hatten. Wenn sich - was wir zunächst annehmen wollen - die Preise der Waren aus den Produktionskosten ergeben, so ist die Summe der Preise aller Waren, d.h. die Größe des gesamtwirtschaftlichen Angebotes, scheinbar notwendig größer als die Summe aller ausgegebenen Einkommen, d.h. als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

In Abb. 4a kommt das darin zum Ausdruck, daß die zurückströmenden Pfeile der Nachfrage nicht ausreichen, um das Gesamtangebot abzudecken. Eine solche gesamtwirtschaftliche Situation müßte sich notwendigerweise in Absatzkrisen niederschlagen. Entweder hätten alle Unternehmen Schwierigkeiten, über den Absatz ihrer Produkte die Kosten zu decken, oder einige Unternehmen könnten die Kosten nur dadurch decken, daß bei anderen Unternehmen die Nachfrage fehlt und die Absatzkrisen dort umso stärker hervorbrechen. Während im Ausgangsmodell ein zu optimistisches Bild der wirtschaftlichen Realität gezeichnet wurde, scheint dieses erweiterte Modell nun wiederum die Situation schwarzer zu malen, als sie tatsächlich ist. Würde dieses Modell zutreffen, so müßte sich nämlich die Wirtschaft in einer ständigen Krise befinden. Ein Großteil der Unternehmen hätte Schwierigkeiten, seine Kosten zu decken, geschweige denn Gewinne zu machen, und je höher die Material- und Maschinenkosten im Vergleich zu den Lohnkosten sind, umso größer müßte der Anteil dieser „kranken“ Unternehmen sein. In einem solchen Modell bliebe mindestens unverständlich, warum es auch Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Hochkonjunktur gibt. Irgendetwas kann insofern an diesem Modell noch nicht stimmen. Irgendwo muß noch zusätzliche Nachfrage herkommen, gegenüber derjenigen Nachfrage, die wir in Abb. 3b berücksichtigt haben.

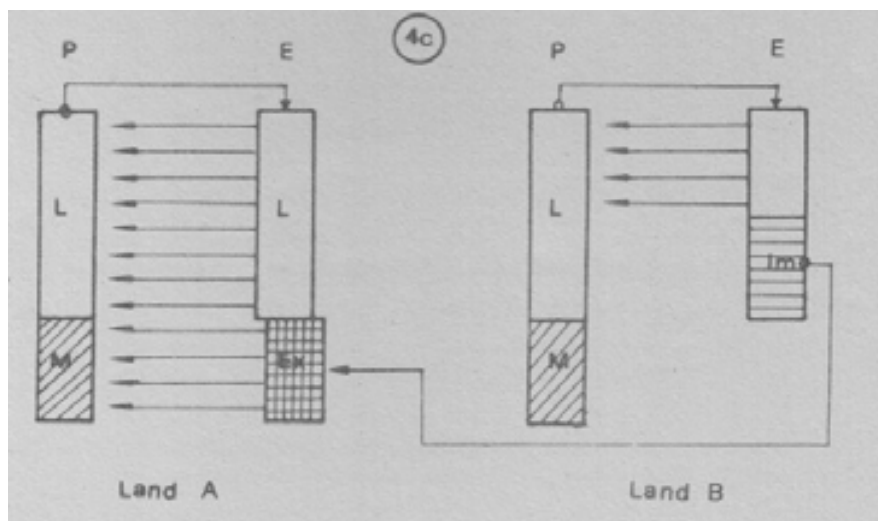
## 3. Notwendigkeit zusätzlicher Exportnachfrage?

Ist es vielleicht die Nachfrage aus dem Ausland, die sich im Inland in Form von Nachfrage nach Exportgütern, d.h. als Exportnachfrage niederschlägt. (Abb. 4b)? Tatsächlich könnte ja

auf diese Weise die Nachfragerücke im Inland gestopft werden, allerdings nur dann, wenn nicht gleichzeitig inländische Einkommen ins Ausland strömen, um z.B. aus dem Ausland bestimmte Waren zu importieren.



Damit die Nachfragerücke gestopft wird, müßten also die Exporte die Importe um diesen Betrag der Lücke übersteigen, d.h. es müßte eine entsprechend hoher Zahlungsbilanzüberschuß existieren. Wir können an dieser Stelle die Bedeutung von Zahlungsbilanzüberschüssen und Zahlungsbilanzdefiziten noch nicht übersehen. Aber eines läßt sich jetzt schon sagen: was im Inland (Land A) über den Außenhandel und zusätzlicher Nachfrage einströmt, fehlt in gleicher Höhe an Nachfrage im Ausland (Land B in Abb. 4c).



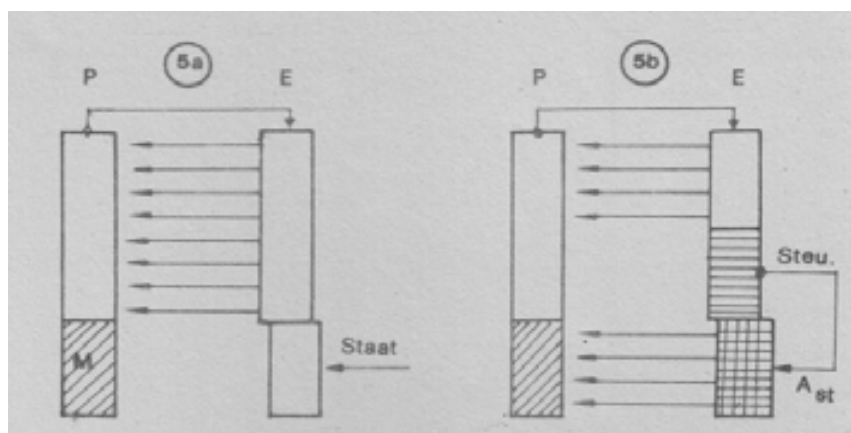
Da die Probleme zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage in beiden Ländern prinzipiell ähnlich gelagert sind, könnte die Nachfragerücke Inland A über den Export nur gestopft werden, wenn die ohnehin schon vorhandene Nachfragerücke in Land B sich entsprechend vergrößern würde. Beide Länder zusammengenommen, bliebe die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach wie vor geringer als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Und daß sich über den Außenhandel auf jeden Fall ein Land auf Kosten eines anderen Landes saniert, scheint auch nicht ganz der Realität zu entsprechen. Zumal dies unter den hier unterstellten Bedingungen auf die Dauer auch gar

nicht ginge, weil Land B in eine immer tiefere Krise stürzen würde und schließlich gar keine Mittel mehr für den Import zur Verfügung hätte.

Wir sollten auch mindestens in der ersten Phase unserer Überlegungen gar nicht erst versuchen, alle theoretischen Probleme *innerhalb* einer Volkswirtschaft durch die Einbeziehung des Auslandes lösen zu wollen. Nicht, daß wir die außenwirtschaftlichen Einflüsse ganz aus der Betrachtung ausklammern wollen; aber ehe wir sie mit in unsere Überlegungen einbeziehen, sollten wir vorher hinreichend Klarheit über die Strukturen, Mechanismen und Probleme *innerhalb* einer Volkswirtschaft entwickelt haben. Und dies gelingt uns nur, wenn wir der Einfachheit halber zunächst modellhaft davon ausgehen, daß außenwirtschaftliche Einflüsse nicht existieren. Man spricht in diesem Zusammenhang vom Modell einer „geschlossenen Volkswirtschaft“. Erst in einer zweiten Phase können wir dann übergehen zur Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Beziehungen, d.h. zum Modell einer „offenen Volkswirtschaft“. Bis dahin ist aber noch viel theoretische Arbeit zu leisten, und wir sollten uns darauf einigen, für die weiteren Untersuchungen die außenwirtschaftlichen Einflüsse zunächst auszuklammern.

#### 4. Notwendigkeit zusätzlicher Staatsnachfrage?

Woher könnte stattdessen die zusätzliche Nachfrage kommen, die in unserem Modell noch fehlt, um die Gesamtnachfrage auf die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Angebots zu heben? Kommt hier vielleicht die Rolle des Staates zum Tragen, der auf dem Weg über Staatsaufträge an die Wirtschaft die Nachfragerücke schließt? (Abb. 5a will diese Überlegung darstellen.) Ist dies der Hintergrund dafür, daß der Staat in das Wirtschaftsgeschehen eingreift? Würde ohne diese Staatsausgaben die Gesamtnachfrage notwendigerweise immer hinter dem Gesamtangebot zurückbleiben? Aber wie erklärt es sich dann, daß die Staatsausgaben in früheren Zeiten, etwa am Anfang dieses Jahrhunderts oder gar im letzten Jahrhundert, nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtnachfrage eine viel geringere Rolle gespielt haben als heute: Wenn der Staat früher in nur viel geringerem Maße als Nachfrager aufgetreten ist, hätte es doch früher viel größere Absatzkrisen geben müssen als heute. Abgesehen von der großen Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren kann davon aber nicht die Rede sein.



Und im übrigen: wo nimmt der Staat eigentlich seine Mittel her, um seine Staatsausgaben zu finanzieren. In Abb. 5a haben wir ja einfach angenommen, daß die Staatsnachfrage zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf einfließt. Tatsächlich aber muß doch der Staat, um seine Ausgaben zu finanzieren, Mittel an anderer Stelle abziehen, z.B. über Steuern. Und dieser

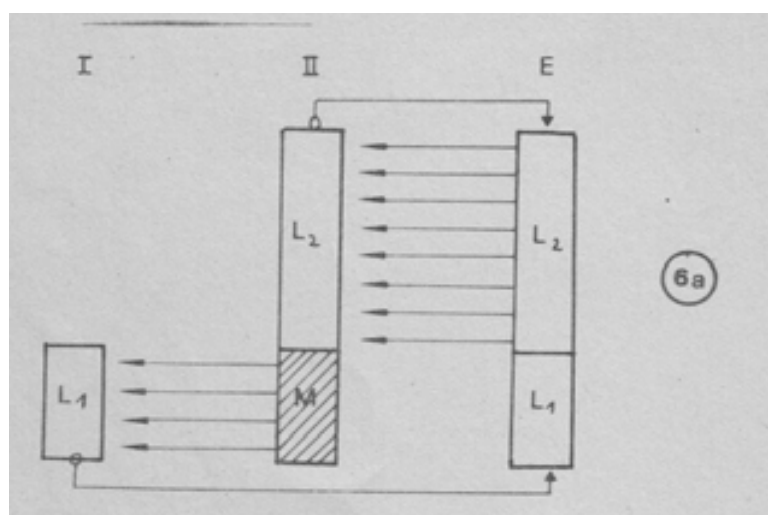
Abzug von Geldern von anderer Stelle kann nicht ohne Auswirkungen bleiben auf die Konsumnachfrage. Wenn wir weiterhin davon ausgehen, daß alle entstandenen Einkommen konsumiert werden, so führt eine Besteuerung der Einkommen zu einer gleich hohen Verminderung der Konsumnachfrage (Abb. 5b).

Was auf der einen Seite über die Staatsausgaben an zusätzlicher Nachfrage entsteht, tritt also an anderer Stelle als Nachfrageminderung auf. An der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hat sich auf diese Weise nichts geändert; sie ist nach wie vor zu gering, um das gesamtwirtschaftliche Angebot zu kaufen. Lediglich die Struktur der Nachfrage hat sich verschoben: weniger private Nachfrage und stattdessen mehr Staatsnachfrage.

Wie wir uns drehen und wenden, es scheint kein Weg an dem Ergebnis vorbeizuführen, daß - unter Berücksichtigung der Material- und Maschinenkosten - das gesamtwirtschaftliche Angebot (gemessen in der Summe der Warenpreise) zu groß ausfällt im Vergleich zu den bei der Produktion entstandenen Einkommen und der daraus sich ableitenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. In jedem Fall scheint es zu Absatzkrisen kommen zu müssen, ein Ergebnis, das sich aber wie gesagt nicht mit der Tatsache zwischenzeitlicher Hochkonjunktur vereinbaren läßt. Irgendwo muß in unserem Modell noch ein Denkfehler liegen.

#### 5. Einkommensentstehung in vorgelagerten Sektoren

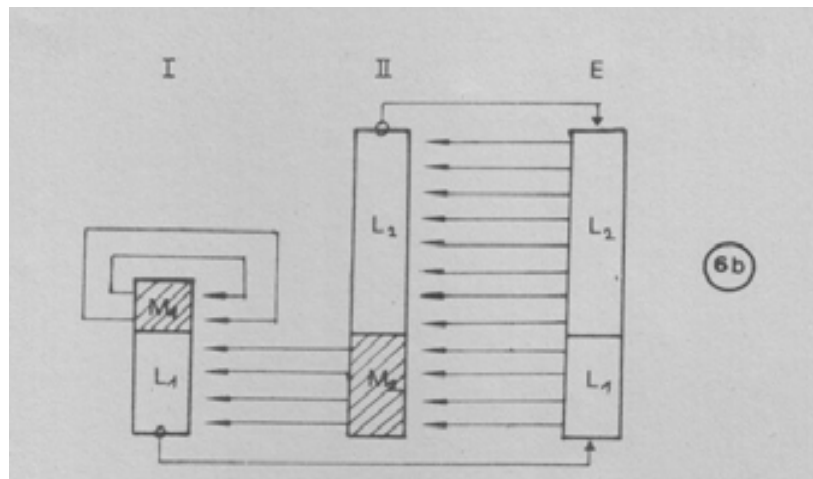
Was wir in unserem Modell bisher noch nicht berücksichtigt haben, ist die Tatsache, daß die Kosten für Material und Maschinen an anderer Stelle, nämlich bei den das Material und Maschinen liefernden Betrieben zu entsprechenden Erlösen führen und daß aus diesen Erlösen wiederum Einkommen der dort Beschäftigten bezahlt werden können. Die Konsumgüter produzierenden Unternehmen z.B. werden in der Produktionsmittelindustrie Maschinen nachfragen. Bei der Produktion der Maschinen entstehen für die in der Produktionsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter Einkommen, die ihrerseits ebenfalls - zusätzlich zu den in der, Konsumgüterindustrie entstandenen Einkommen - zur Quelle gesamtwirtschaftlicher Nachfrage werden können. Abb. 6a stellt diesen Zusammenhang graphisch dar.



Sektor 1 bedeutet dabei Produktionsmittelindustrie, Sektor 2 stellt die Konsumgüterindustrie dar. Die Gesamteinkommen und die daraus abgeleitete gesamtwirtschaftliche Nachfrage

erreicht allerdings nur dann die Höhe des Konsumgüterangebots von Sektor 2, wenn alle Erlöse des Sektors 1 in Form von Löhnen ausgezahlt werden. Diese Annahme erscheint nun auch wieder unrealistisch. Denn wieso sollte Sektor 2 neben den Lohnkosten auch noch andere Kosten haben, Sektor 1 aber nicht? Wenn wir also auch bei Sektor 1 zusätzlich zu den Lohnkosten die Material- und Maschinenkosten  $M$  berücksichtigen, scheint sich das Problem der Absatzkrise, was für Sektor 2 nunmehr gelöst scheint, in gleicher Weise auf einmal für Sektor 1 zu stellen: Um den Betrag  $M$  liegt die Preissumme des Angebots in Sektor 1 höher als die Nachfrage nach Produktionsmitteln in Sektor 1.

Dieses Problem löst sich allerdings dann, wenn wir bedenken, daß die Produktionsmittel des Sektors 1 nicht nur von Unternehmen aus Sektor 2 nachgefragt werden, sondern auch von jeweils anderen Unternehmen der Produktionsmittelindustrie selbst. In Höhe des Betrages, zu dem in Sektor 1 Material- und Maschinenkosten anfallen ( $M_1$ ), werden - in der Regel bei anderen Unternehmen desselben Sektors - entsprechend Erlöse anfallen, d.h. Nachfrage auftreten. Zu der Produktionsmittelnachfrage aus dem Bereich der Konsumgüterindustrie ( $M_2$ ) kommt insofern die Nachfrage nach Produktionsmitteln aus dem Bereich der Produktionsmittelindustrie selbst ( $M_1$ ) (Abb. 6 b).



Was wir vorhin also in unserem Modell vernachlässigt hatten, waren die gesamtwirtschaftlichen Kreislaufbeziehungen. Wir hatten nicht gesehen, daß die Material- und Maschinenkosten einen weiteren Kreislauf durchlaufen, nämlich zu Erlösen in der Produktionsmittelindustrie werden und von dort aus wiederum zu Lohneinkommen als Quelle zusätzlicher Nachfrage. Die Vernachlässigung dieser Kreislaufbeziehungen hatte uns auf mehrere Irrwege geführt, und das Problem des notwendigen Auseinanderklaffens zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage sowie die daraus abgeleitete Notwendigkeit einer Absatzkrise war insofern nur ein Scheinproblem. Damit soll nicht gesagt werden, daß die ökonomische Krise überhaupt ein Scheinproblem ist. Sie ist im Gegenteil ein schwerwiegendes reales Problem unseres Wirtschaftssystems und tritt in bestimmten Zeiten schärfer hervor als in anderen. Aber unsere Überlegungen haben gezeigt, daß eine Krise nicht allein aus der Existenz von Kosten erklärt werden kann, die zusätzlich zu den Lohnkosten anfallen. Vielmehr kann - auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Kostenfaktoren - der gesamtwirtschaftliche Kreislauf in sich geschlossen sein, so daß die insgesamt - in der Konsumgüterindustrie und in der Produktionsmittelindustrie - entstehenden Einkommen ausreichen, um das gesamte Konsumgüterangebot zu kaufen. Und auch das Angebot der

Produktionsmittelindustrie kann unter den zugrunde gelegten Bedingungen vollständigen Absatz finden.

#### 6. Gewinneinkommen als Nachfragequelle?

Die modellhafte Unterteilung der Gesamtwirtschaft in 2 Sektoren war an dieser Stelle notwendig, um den besonderen Kreislauf der Material- und Maschinenkosten im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang herauszuarbeiten. Nun handelt es sich bei der Unterteilung in 2 Sektoren schon um ein relativ kompliziertes Modell, das - würden wir es weiter verfeinern - zunehmend unübersichtlich würde. Nachdem wir nun wissen, daß unter Berücksichtigung der Kreislaufbeziehungen die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage durchaus ausreichen kann, um das Gesamtangebot zu kaufen, können wir - für die Diskussion anderer Probleme - getrost zu dem einfacheren Modell zurückkehren, in dem die Produktion der gesamten Volkswirtschaft in nur einem Block dargestellt wird (Abb. 7 a).

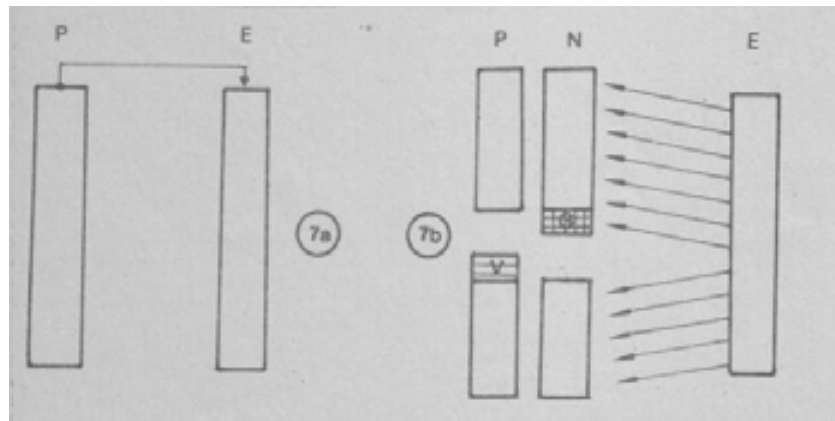
Im Block P kommen nun nicht mehr nur die Lohnkosten zum Ausdruck, sondern auch die Material- und Maschinenkosten (stellvertretend für alle anderen Kosten). Der Block drückt damit die Summe der in einem bestimmten Zeitraum produzierten Waren aus, wobei die unterschiedlichen Waren auf den gemeinsamen Nenner ihrer jeweiligen Produktionskosten gebracht sind. Die zurückströmende gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist also gerade so groß, daß diese Waren zu ihren Produktionskosten abgesetzt werden können.

Aber wo bleibt unter diesen Bedingungen der Gewinn der Unternehmen? Hatten wir nicht am Anfang gesagt, daß der Gewinn die entscheidende Zielgröße ist, an der sich die Entscheidungen der Unternehmen orientieren? Ist nicht das Gewinnstreben der treibende Motor des wirtschaftlichen Handelns im Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln? Und müßte in einem solchen System die Produktion nicht vollständig zusammenbrechen, wenn sich für die Unternehmen gar kein Gewinn erzielen ließe?

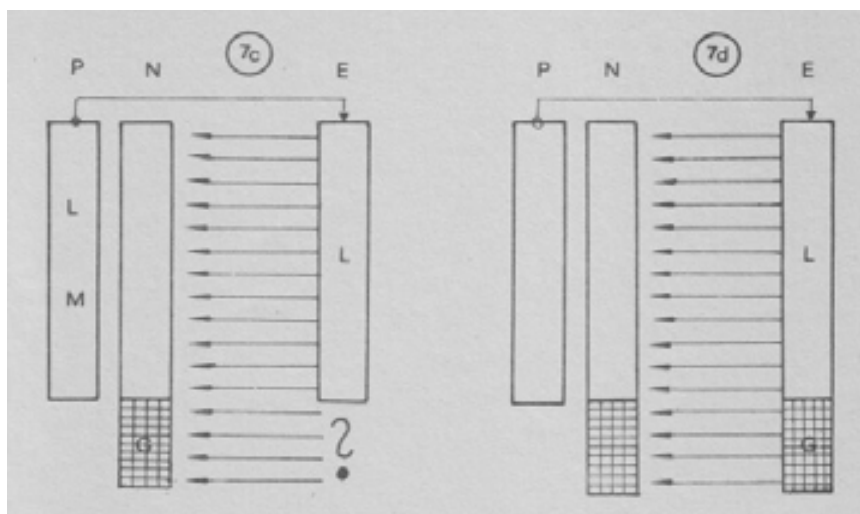
Jeder von uns weiß, daß dem nicht so ist, daß es auch in der Krise immer noch Unternehmen gibt, die Gewinne machen. Und daß es zwischendurch immer wieder Zeiten von Hochkonjunktur gibt, in denen die Gewinne der Unternehmen ansteigen. Wir waren weiter oben schon einmal auf dieses Problem gestoßen, als die Gesamtnachfrage gerade einmal auszureichen schien, um die Lohnkosten der Unternehmen abzudecken. Mittlerweile sind wir in unseren Überlegungen einen Schritt weiter gekommen und haben erkannt, daß auch die Material- und Maschinekosten von der Gesamtnachfrage abgedeckt werden können. Aber wieso überhaupt Gewinne entstehen können, bleibt nach wie vor rätselhaft.

Nach den bis jetzt von uns herausgearbeiteten Zusammenhängen könnten Gewinne allenfalls in einem Teil der Unternehmen entstehen, allerdings nur dann, wenn bei anderen Unternehmen die gleiche Höhe Verluste auftreten. Abb. 7b will diesen von uns schon früher erwähnten Gedanken noch einmal darstellen. Die Produktionsseite ist hier noch einmal in zwei Teile unterteilt, wobei es sich hier nicht um zwei verschiedene Sektoren handeln soll, sondern einmal um gewinnbringende Unternehmen und das andere Mal um Verlustunternehmen. Die zurückströmende Nachfrage (die in Abb. 7b noch einmal gesondert als Block dem jeweiligen Angebot gegenübergestellt wird) verteilt sich so auf die Unternehmen, daß die G-Unternehmen höhere Erlöse als Kosten haben, während es bei den V-Unternehmen genau umgekehrt ist. (Die Schraffur des V-Blocks, der die Höhe der Verluste darstellt, kann man sich als lauter Minuszeichen vorstellen.)





Grob gesagt müßte also in einer Volkswirtschaft die eine Hälfte der Unternehmen immer mit Verlusten arbeiten, damit die andere Hälfte überhaupt Gewinne erwirtschaften kann. Dies entspricht in keinsten Weise der Realität - nicht einmal in Krisenzeiten. Irgendwie müssen - gerade in einem Wirtschaftssystem, das auf dem Gewinnprinzip als dem treibenden Motor wirtschaftlichen Handelns beruht - auch gesamtwirtschaftlich Gewinne entstehen, muß also die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage insgesamt größer sein als die Summe der Produktionskosten (Abb. 7c). Aber wo soll diese zusätzliche Nachfrage herkommen, wenn doch die in der Produktion entstehenden Einkommen und die daraus abgeleitete Nachfrage gerade mal ausreichen, um die Summe der Produktionskosten zu decken? Kommen wir an dieser Stelle nicht wieder mit der Auslandsnachfrage oder mit der Staatsnachfrage! Daß sich mit diesen Faktoren das Problem nicht klären läßt, hatten wir schon im Zusammenhang mit den Material- und Maschinenkosten diskutiert. Die Erklärung muß woanders gesucht werden.



Wenn wir bisher von Einkommen geredet haben, haben wir immer nur die Lohneinkommen gemeint, d.h. die Einkommen der abhängig Beschäftigten. Dass es darüber hinaus auch noch andere Einkommensarten geben kann, war bisher aus unserer Betrachtung völlig ausgeklammert. Wenn wir aber neben den Lohneinkommen auch noch die Einkommen der Selbständigen, also die Gewinneinkommen berücksichtigen, wird der Einkommensblock insgesamt so groß, daß die daraus abgeleitete Nachfrage auch die Produktionskosten der Gesamtwirtschaft übersteigen kann, daß also gesamtwirtschaftlich Gewinne entstehen können. D.h. auch, daß bei den einzelnen Unternehmen Gewinne gemacht werden können, ohne daß bei anderen Unternehmen notwendigerweise Verluste auftreten müssen. Die

Vorausgabung von Gewinneinkommen scheint also die notwendige Voraussetzung dafür zu sein, daß die Erlöse bei den Unternehmen deren Kosten übersteigen (Abb. 7d). Neu stellt sich allerdings gleich die Frage, woher denn die Gewinneinkommen ihrerseits stammen, deren Vorausgabung dann erst die Entstehung von Gewinnen ermöglicht. Setzen wir hier nicht etwas als gegeben voraus, was gerade erst erklärt werden soll? Erklären wir in Wirklichkeit die Entstehung von Gewinneinkommen heute mit der Existenz der Gewinneinkommen von gestern? Und wie sind dann die Gewinneinkommen von gestern entstanden? Durch die Vorausgabung der Gewinneinkommen von vorgestern? Es scheint, daß wir das Problem auf diese Weise nicht klären, sondern die Erklärung nur immer weiter zeitlich zurückverlagern, ähnlich dem Problem mit der Henne und dem Ei: wer von beiden war zuerst da, die Henne oder das Ei?

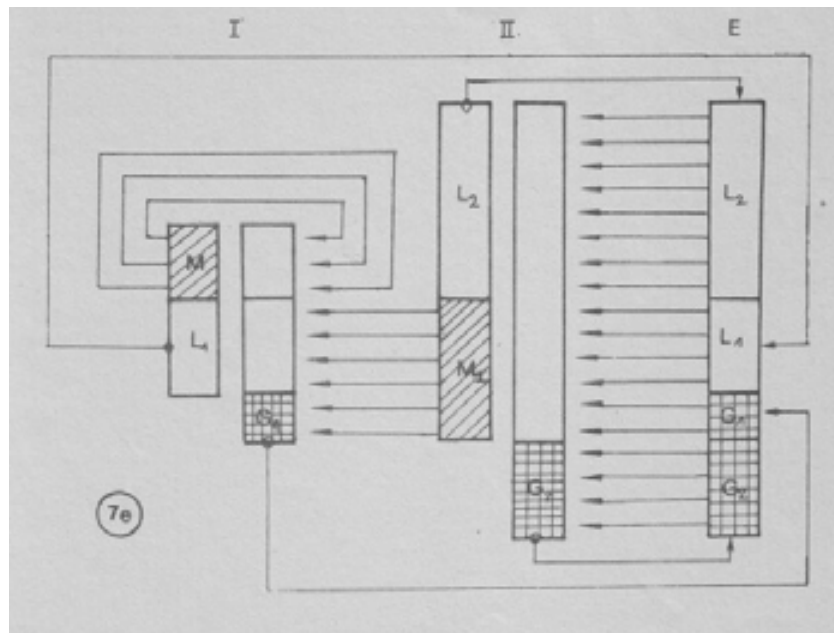
Die gleiche Frage hätten wir uns allerdings auch schon bei den Löhnen stellen können: können überhaupt Löhne ausgezahlt werden, bevor nicht Erlöse entstehen aus der Vorausgabung der entstandenen Löhne? Und handelt es sich hierbei also nicht um ein spezielles Problem der Gewinne, sondern um ein Problem der zeitlichen Verschiebung zwischen der Entstehung von Produktion und Einkommen und der Vorausgabung von Einkommen? - Teilweise entsteht das Problem durch die Art unserer Modellbildung und graphischen Darstellung: es sieht ja so aus, als müßten erst Gewinneinkommen in Höhe des L-Blocks oder des G-Blocks entstanden sein, bevor sie verausgabt werden können. Tatsächlich aber wird ja in dem Block jeweils die Summe aller Einkommen erfaßt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, z.B. eines Jahres, entstehen, Die Vorausgabung dieser Einkommen erfolgt aber nicht erst nach Ablauf dieses Jahres, sondern tagtäglich: ausgezahlte Löhne oder aufgelöste Ersparnisse strömen täglich als Erlöse zu den Unternehmen zurück und werden dort wieder zur Grundlage neuer Lohnzahlungen. Die Prozesse der Vorausgabung der Löhne und der Lohnzahlungen sind also zeitlich ineinander verzahnt und überlagern sich.

Für den Fall, daß - z.B. bei Unternehmensneugründungen noch gar keine Erlöse angefallen sind (weil die Produktion erst anläuft), wohl aber schon Kosten anfallen, kann das zeitliche Auseinanderfallen zwischen Kosten und Erlösen durch Kredite überbrückt werden. (Wie das Kreditsystem im einzelnen funktioniert, wollen wir an dieser Stelle nicht erörtern. Wir werden das später noch im einzelnen untersuchen.) Ganz ähnlich liegen die Zusammenhänge im Bezug auf die Gewinne.

Wenn wir diese Überlegungen in Rechnung stellen, können wir sagen, daß die Vorausgabung von Lohneinkommen und Gewinneinkommen insgesamt ausreichen kann, um das gesamte Angebot der Unternehmen nicht nur kostendeckend, sondern mit einem Gewinnaufschlag abzusetzen. Damit ist allerdings nichts darüber ausgesagt, wovon die Aufteilung in Löhne und Gewinne abhängt und wovon es abhängt, wie hoch der Gewinnaufschlag auf die Produktionskosten der Waren im einzelnen sein wird. Aber es läßt sich immerhin soviel sagen, daß es vom gesamtwirtschaftlichen Kreislauf und dem sich daraus ergebenden Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlichen Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nach unseren bisherigen Erkenntnissen nicht notwendig zu Absatzkrisen kommen muß, wenn sowohl entstandene Löhne wie auch entstandene Gewinne voll verausgabt werden, d.h. als Nachfrage auftreten.

Nun haben wir allerdings wieder den vereinfachten Kreislauf zugrundegelegt, wo die Produktionsseite in nur einem Sektor dargestellt ist. Wir wollen schnell die Entstehung und Vorausgabung von Gewinneinkommen in unser komplizierteres, dafür aber genaueres Modell

mit 2 Sektoren einbauen. Abb. 7e stellt den Fall dar, daß die Gewinneinkommen voll in Sektor II, d.h. für Konsumgüter verausgabt werden, wobei in diesem Sektor nicht nur die Lohnkosten  $L_2$  und die Material- und Maschinenkosten  $M$  abgedeckt werden, sondern auch ein Gewinn  $G_2$  realisiert werden kann. Die Kosten für Material und Maschinen  $M$  werden nun ihrerseits zur Nachfrage nach Produktionsmitteln in Sektor I; hinzu kommt die Nachfrage nach Produktionsmitteln von Seiten der Unternehmen der Produktionsmittelindustrie selbst ( $M_1$ ), so daß die Gesamtnachfrage in Sektor I ausreicht, um über die Abdeckung der Kosten  $M_1 + L_1$  hinaus ein Gewinn  $G_1$  entstehen lassen.



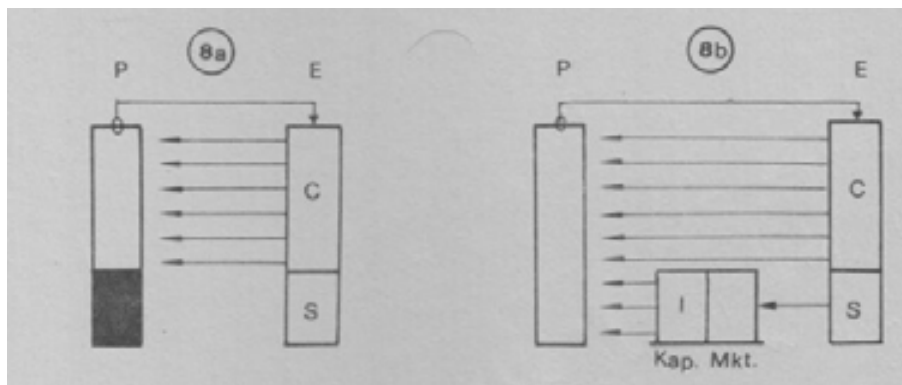
Dies ist nun schon ein sehr komplexes Modell, und wir könnten es ohne weiteres weiter abwandeln, in der Richtung z.B., daß die Gewinneinkommen auch verausgabt werden für Produkte des Sektors I, d.h. für Produktionsmittel. Aber wir wollen es einstweilen dabei belassen. Für unseren Zusammenhang war wichtig herauszuarbeiten, daß unter Berücksichtigung der Kreislaufzusammenhänge und unter Einbeziehung der Material- und Maschinenkosten die Nachfrage in beiden Sektoren ausreichen kann, um die Produkte beider Sektoren gewinnbringend abzusetzen. Voraussetzung dafür ist, daß die entstandenen Lohn- und Gewinneinkommen vollständig verausgabt werden, und damit als Nachfrage in den Kreislauf zurückströmen.

## **II Sparen, Investieren und makroökonomisches Gleichgewicht**

### **1. Sparen als gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall**

Was ist nun aber, wenn nicht alle entstandenen Einkommen konsumiert werden? (Der nicht konsumierte Teil wird als „Sparen“ bezeichnet.) Fällt dann nicht ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weg, und muß es dann nicht zur Absatzkrise kommen, auch wenn wir alle bisher abgeleiteten Aspekte berücksichtigen? Wie läßt sich aber dies vereinbaren mit der These, Sparen sei volkswirtschaftlich die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum? Wie also sollen wir die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sparens beurteilen? Um dieser Frage nachzugehen, kehren wir wieder zurück zu unserem einfachen Kreislaufmodell. Damit sollen die gesamten abgeleiteten Zusammenhänge über die Rolle von

Material- und Maschinenkosten sowie über die Gewinne nicht aus dem Auge verloren werden, sie verschwinden nur für eine Weile aus dem Vordergrund unserer Betrachtung. Ähnlich einem Beobachter am Mikroskop, der, jeweils bestimmte Teile des Untersuchungsobjekts mit dem Objektiv scharf einstellt und andere Teile verschwimmen läßt, um dann wieder andere Teile schärfer hervorzuheben, werden auch wir die bei unserer Untersuchung herausgearbeiteten Aspekte wieder im Hintergrund verschwimmen lassen und dafür andere in den Vordergrund rücken. Nicht, um die ersteren zu vergessen, sondern um der Fülle der Einzeluntersuchungen unterschiedlicher Teile zunehmend eine Vorstellung vom gesamten Untersuchungsobjekt zu bekommen, in unserem Fall einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem mit Privateigentum an Produktionsmitteln und Gewinnorientierung. Verändern wir also das Objektiv unserer Betrachtung und rücken wir die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sparens in den Brennpunkt unserer Untersuchung.



In Abb. 8a wird dargestellt, daß nur ein Teil der entstandenen Einkommen konsumiert wird (C), während der andere Teil gespart wird (S). Die notwendige Folge des gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfalls, scheint tatsächlich ein entsprechender Angebotsüberhang auf der Seite der Produktion zu sein. Wenn wir allerdings berücksichtigen, daß die gesparten Gelder nicht einfach ungenutzt herumliegen, sondern in irgendeiner Form angelegt werden, z.B. auf Sparkonten oder in Wertpapieren (kurz auf dem Kapitalmarkt), so werden sie ihrerseits zur Quelle zusätzlicher Nachfrage von anderer Stelle: aus den Sparkonten z.B. können die Geschäftsbanken Kredite ausleihen, sei es an Konsumenten (Konsumentenkredite), sei es an Unternehmen, die mit diesen Geldern Produktionsmittel, d.h. Investitionsgüter kaufen (Investitionskredite). In jedem Fall treten diese ausgeliehenen Kredite wieder als Nachfrage im Wirtschaftskreislauf auf. Der Nachfrageausfall, der durch das Sparen zunächst entstanden ist, kann also durch die zusätzliche kreditfinanzierte Nachfrage wieder ausgeglichen werden, so daß gesamtwirtschaftlich keine Nachfragerücke entstehen muß. (Abb. 8b stellt den Fall dar, daß die Spargelder in voller Höhe als Investitionskredite ausgeliehen werden.)

Ganz ähnlich liegen die Dinge, wenn mit den gesparten Geldern z.B. fest verzinsliche Wertpapiere (Obligationen) gekauft werden. Auch hier wird von den Käufern der Wertpapiere - meist unter Zwischenschaltung des Bankensystems - ein Kredit an die Industrieunternehmen gegeben. Etwas anders liegen die Dinge beim Kauf von Aktien. Bei neu ausgegebenen Aktien (Neuemission) verschafft sich das ausgebende Unternehmen zwar ebenfalls Finanzierungsmittel von den Aktienkäufern, aber die Aktien enthalten keinen Rückzahlungsanspruch, sondern verschaffen dem Inhaber einen Anteil am Unternehmen. (Investitionen können übrigens nicht nur über Kredite bzw. Aktien finanziert werden, sondern

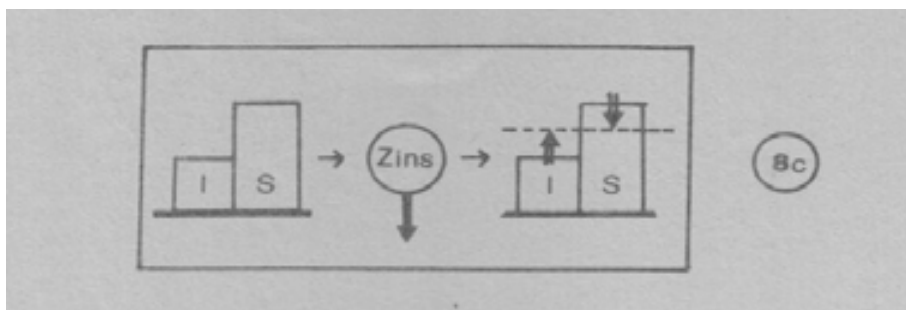
auch aus den Gewinnen der Unternehmen. In diesem Fall läuft die Finanzierung nicht über den Kapitalmarkt, fällt aber volkswirtschaftlich dennoch unter den Begriff des Sparens. Denn Sparen wird volkswirtschaftlich verstanden als Nicht-Konsum.) In welcher Form auch immer die Finanzierungsmittel von den Unternehmen beschafft werden, ihre Verausgabung führt zu zusätzlicher Nachfrage, die den durch Sparen entstandenen Nachfrageausfall wieder ausgleicht.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist es verständlich, daß volkswirtschaftlich Sparen als notwendige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum angesehen wird: denn wenn durch das Ausleihen der gesparten Gelder die Vergabe von Investitionskrediten und damit die Finanzierung von Investitionen möglich wird, kann sich auf diese Weise der volkswirtschaftliche Bestand an Maschinen, Fabrikgebäuden usw., d.h. die Produktionskapazität erhöhen und kann also in Zukunft auch mehr produziert werden. Von daher muß Sparen also nicht - wie es auf den ersten Blick schien - in die Krise führen, sondern wird im Gegenteil zur Grundlage des Wirtschaftswachstums.

## 2. Zinsmechanismus und Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren

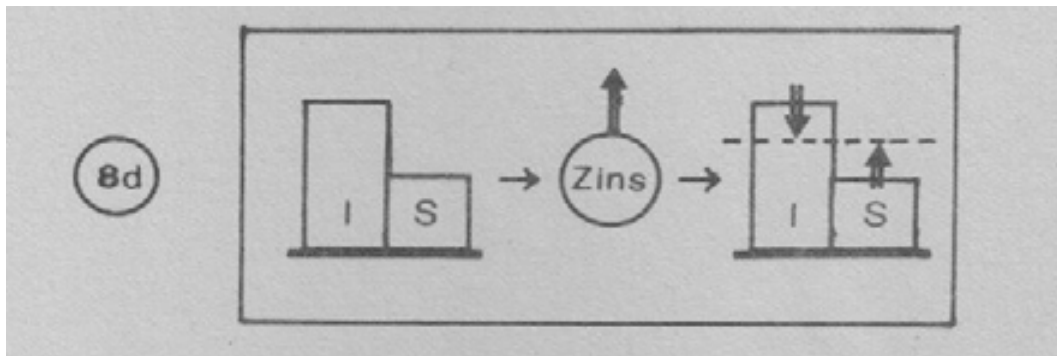
Das Gleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage stellt sich allerdings nur unter einer Bedingung ein: daß nämlich die zusätzliche Nachfrage (in unserem Fall Investitionsnachfrage) die gleiche Höhe erreicht wie der durch Sparen verursachte Nachfrageausfall. Würden z. B. vom Bankensystem weniger Kredite ausgeliehen, als umgekehrt Spargelder in das Bankensystem geflossen sind, so entstände ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel. Umgekehrt würde ein Nachfrageüberhang eintreten, wenn die ausgeliehenen Kredite größer wären als die hereingeflossenen Spargelder (was man sich zunächst kaum vorstellen kann). Wir müssen also fragen, ob irgendetwas dafür spricht, daß Sparen und Investieren immer die gleiche Höhe annehmen, oder ob es auch vorkommen kann, daß beide in ihrer Höhe voneinander abweichen.

Wenn wir uns klar machen, daß die Sparentscheidungen in der Regel von ganz anderen Leuten getroffen werden als die Investitionsentscheidungen (jedenfalls bei Finanzierung der Investitionen über den Kapitalmarkt), wäre es eigentlich reiner Zufall, wenn die Summe aller Sparvorhaben auf einmal den gleichen Betrag annehmen würde wie die Summe aller Investitionsvorhaben. Die Regel wird vielmehr die sein, daß beide Größen voneinander abweichen. Z.B., daß die Investitionsvorhaben in ihrer Summe geringer sind als das Sparen (Abb. 8c).

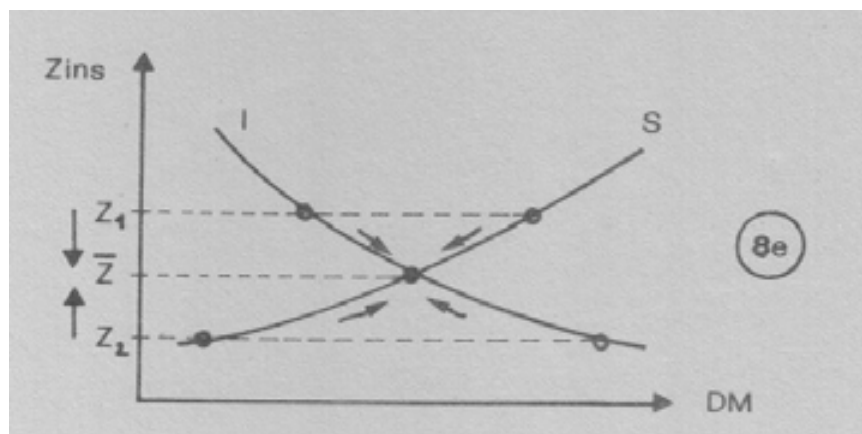


Unter diesen Bedingungen könnten die Banken die bei ihnen angelegten Spargelder nicht in voller Höhe ausleihen, sondern blieben gewissermaßen auf einem Teil der Spargelder sitzen, für die sie ihrerseits an die Sparer Zinsen zahlen müssen. Auf eine solche Situation werden

die Banken mit einer Senkung der Sparzinsen reagieren. Wenn die Sparer ihre Sparentscheidungen an der Höhe des Zinses orientieren, werden daraufhin die Spareinlagen zurückgehen. Andererseits werden die Banken durch die Senkung des Sparzinses in die Lage versetzt, auch die Kreditzinsen zu senken, d.h. Investitionskredite billiger anzubieten. Wenn die Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen an der Höhe des Zinssatzes orientieren, werden als Folge der billigeren Kredite die Investitionen in ihrer Höhe ansteigen. Die ursprünglich voneinander abweichenden Größen des Sparens und des Investierens nähern sich auf diese Weise aneinander an und pendeln sich schließlich auf dem gleichen Niveau ein. Der Zinssatz, bei dem dieses Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren eintritt, wird „Gleichgewichtszins“ genannt.



Wir können auch schnell den umgekehrten Fall durchspielen: in Abb. 8d übersteigen die Investitionsvorhaben die Höhe der gesparten Gelder. Die damit verbundene überhängende Nachfrage nach Investitionskrediten ermöglicht es den Banken, den Kreditzins anzuheben, was sie wiederum in die Lage versetzt, gegenüber den Sparern auch höhere Sparzinsen zu zahlen. Durch die Erhöhung des Kreditzinses werden einerseits einige Unternehmen ihre Investitionsvorhaben aufgeben, andererseits wird der erhöhte Sparzins Spareinlagen anwachsen lassen, so daß sich auch hier wieder eine Tendenz zur Angleichung zwischen Sparen und Investieren ergibt.



Wenn diese Überlegungen richtig sind, wirkt also über die Veränderung von Spar- und Kreditzinsen ein Mechanismus, der die ursprünglich voneinander abweichenden Größen der Spar- und Investitionsvorhaben in Übereinstimmung miteinander bringt, der sogenannte „Zinsmechanismus“. Abb. 8e stellt die Wirkungsweise dieses Zinsmechanismus noch einmal in anderer Form graphisch dar: auf der senkrechten Achse ist die Höhe des Zinssatzes

abgetragen. (Wir unterscheiden hier nicht zwischen Sparzins und Kreditzins, da sich beide i.d.R. ohnehin in der gleichen Richtung verändern. Nehmen wir an, der hier abgetragene Zins sei die Mitte zwischen Spar- und Kreditzins.)

Die I-Kurve stellt die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Abhängigkeit vom Zinssatz dar, die S-Kurve entsprechend das volkswirtschaftliche Sparen. Der Verlauf der Kurve deutet an, daß die Investitionen ausgedrückt in DM umso geringer sind, je höher der Zinssatz ist. Der Verlauf der Sparkurve hingegen besagt umgekehrt, dass das Sparen mit wachsendem Zinssatz ansteigt. In dem Verlauf der Kurven kommen also die Annahmen zum Ausdruck, die wir vorhin bezüglich der Zinsabhängigkeit von Sparen und Investieren unterstellt hatten. Beim Zinssatz  $z_1$  z.B. läge der Fall vor, daß die Investitionsvorhaben geringer sind als das Sparen, was unserem Beispiel in 8c entspricht. Wir hatten herausgearbeitet, daß in einem solchen Fall eine Zinssenkung eintreten wird mit der Folge eines Anstiegs der Investitionen und eines Absinkens des Sparens (dargestellt durch die entsprechenden Pfeile entlang der I-Kurve bzw. S-Kurve). Bei  $z_2$  hingegen übersteigen die Investitionsvorhaben das Sparen, was eine Zinserhöhung nach sich zieht, mit der Folge eines in DM ausgedrückten Anstiegs des Sparens und eines Absinkens der Investitionen. In einem wie im anderen Fall tendiert der Zinssatz - einmal von oben, einmal von unten - dem Niveau  $z$  entgegen, bei dem Sparen und Investieren unter den zugrunde gelegten Bedingungen gerade zum Ausgleich kommen. Der Gleichgewichtszinssatz  $z$  ergibt sich in dieser Graphik demnach aus dem Schnittpunkt zwischen I-Kurve und S-Kurve, anders ausgedrückt: aus dem Schnittpunkt zwischen Kreditnachfrage (von Seiten der Unternehmen) und Kreditangebot (von Seiten der Sparer).

### 3. Makroökonomisches Gleichgewicht als gesamtwirtschaftliches Ziel?

Wenn also der Zinsmechanismus funktioniert, bedeutet das für die Gesamtwirtschaft, daß der durch Sparen zunächst entstehende Nachfrageausfall gerade ausgeglichen wird durch die über Kredite finanzierte zusätzliche Nachfrage, so daß dem Gesamtangebot an produzierten Waren eine ausreichende Gesamtnachfrage gegenübersteht. Der Ökonom spricht in diesem Zusammenhang von einem „makroökonomischen Gleichgewicht“. Im Gegensatz zu „mikroökonomisch“, wo es um die Entscheidungen einzelner Unternehmen und Haushalte geht, spricht man von „makroökonomisch“ dann, wenn die Ergebnisse der Einzelentscheidungen in einer Volkswirtschaft zu Gesamtgrößen zusammengefasst werden: z.B. gesamtwirtschaftliche Produktion, gesamtwirtschaftliches Einkommen, gesamtwirtschaftlicher Konsum, gesamtwirtschaftliche Investition usw.) Was kommt nun in einem solchen makroökonomischen Gleichgewicht zum Ausdruck? Bedeutet seine Existenz, daß die gesamte Produktion aller Unternehmen gewinnbringend abgesetzt wird und daß Vollbeschäftigung herrscht? oder kann auch ein makroökonomisches Gleichgewicht mit bestimmten wirtschaftlichen Störungen verbunden sein?